

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Agrarausschuss

53. Sitzung

am Donnerstag, dem 24. April 2003, 10:00 Uhr
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Claus Ehlers(CDU)

Vorsitzender

Wilhelm Malerius (SPD)

in Vertretung von Hermann Benker

Maren Kruse (SPD)

Helmut Plüschau (SPD)

Friedrich-Carl Wodarz (SPD)

Claus Hopp (CDU)

Jürgen Feddersen (CDU)

Peter Jensen-Nissen (CDU)

Günther Hildebrand (FDP)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Birgit Herdejürgen (SPD)

Lars Harms (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Dr. Henning Höppner (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Meinungsaustausch mit Vertretern der Akademie für die Ländlichen Räume über die Rahmenbedingungen für die Entwicklung der ländlichen Räume	4
2. Bericht der Landesregierung über die Ausgestaltung und die Zukunft der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) unter Berücksichtigung der Beschlusslage des Planungsausschusses für die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (PLANAK)	7
3. a) Auswirkungen der „Fischler-Vorschläge“ auf die schleswig-holsteinische Landwirtschaft	9
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/2459 Mündlicher Bericht der Landesregierung gegeben in der 32. Tagung Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/2593 (überwiesen am 2. April 2003 zur abschließenden Beratung)	
b) Bericht der Landesregierung zum Stand der Umsetzung der Modulation in Schleswig-Holstein	11
4. Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung europarechtlicher Vorschriften in Landesrecht (Vogelschutz-Richtlinie, FFH-Richtlinie, UVP-Änderungsrichtlinie, IVU-Richtlinie und Zoo-Richtlinie) - Landesartikelgesetz -	12
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/1950 (überwiesen am 20. Juni 2002 an den Umweltausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Innen- und Rechtsausschuss und den Agrarausschuss) (Der federführende Umweltausschuss erwartet die Voten der beteiligten Ausschüsse. Die 2. Lesung soll in der Mai-Tagung erfolgen.) hierzu: Umdrucke 15/3290 und 15/3300	
5. Verschiedenes	13

Der Vorsitzende, Abg. Claus Ehlers, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Auf Bitten des Abg. Peter Jensen-Nissen wird die Tagesordnung einstimmig um einen Punkt 3 b) erweitert mit einem Bericht der Landesregierung zum Stand der Umsetzung der Modulation in der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Meinungsaustausch mit Vertretern der Akademie für die Ländlichen Räume über die Rahmenbedingungen für die Entwicklung der ländlichen Räume

Der Vorsitzende der Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins, St a.D. Rüdiger von Plüskow, unterstreicht in seinem Statement die Unabhängigkeit der Arbeit der Akademie und benennt als Basis für die Anerkennung das Vertrauen, das die Akademie allseits genieße. Als wichtiges Hemmnis für die Arbeit bezeichnet er zum einen die Finanzsituation der Kommunen und zum anderen die bürokratischen Hemmnisse, die deren Arbeit beeinflussen. Hinzu komme dann noch die wirtschaftliche Situation der Landwirte, die die Hauptklientel der Akademie bildeten.

Die auf die Begleitung der LSE fokussierte Arbeit der Akademie sei als sehr erfolgreich zu bezeichnen, so fährt St a.D. von Plüskow fort. Das Land sei heute mit LSE-Maßnahmen überzogen. Über die Erfolge erwarte man bis zum Ende des Jahres das Ergebnis einer Evaluierung, die die Akademie vor einiger Zeit in Auftrag gegeben habe. Er, St a.D. von Plüskow würde sich freuen, darüber auch mit den Ausschuss diskutieren zu können, da es gelte, die LSEs in Zukunft auf gesicherter Datenbasis in Angriff nehmen zu können.

Weitere schwerpunktmäßige Arbeitsfelder lägen für die Akademie in der kommunalen Zusammenarbeit und den Auswirkungen der demographischen Entwicklung. Die Akademie sei hier besonders geeignet, diesen Prozess nicht nur anzustoßen, sondern auch zu begleiten. Wichtig sei es für die Kommunen, jemanden zu haben, der sozusagen unbefangenen Hilfestellung geben könne. Auch dies wolle die Akademie gern in Zusammenarbeit mit dem Agrarausschuss leisten. Dabei gehe es darum, den ländlichen Raum nicht nur als Dorf und dörfliche Kommune, sondern auch als Kreis und kleinere Stadt mit all ihren Stadtumlandproblemen zu verstehen.

St a.D. von Plüskow schließt seine Ausführungen mit einem Appell an die Ausschussmitglieder, auch in Zukunft in Anerkennung der Verdienste der Akademie bei den Haushaltsberatungen ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen.

Geschäftsführer Klaus-Dieter Dehn unterstreicht die Schwierigkeiten, die durch die Kürzung von Zuschüssen bei dem überwiegend von Personalkosten geprägten Haushalt der Akademie entstehen würden.

Abg. Maren Kruse zeigt mit Hinweis auf die anstehenden Beratungen für den Doppelhaushalt 04/05 Interesse an einer Übersicht über die Personalkosten. - Diese wird von Geschäftsführer Dehn zugesagt.

Im Weiteren verweist Geschäftsführer Klaus-Dieter Dehn auf eine Dokumentation des Fachkollegiums der Akademie für die Ländlichen Räume e.V. zur kommunalen Zusammenarbeit für Amtsverwaltungen und Gemeinden, die im Kulturzentrum in Rendsburg am 01-10-02 getagt habe. (Diese Dokumentation ist bei den Akten der 53. Sitzung einzusehen)

Bezüglich des zweiten Arbeitsschwerpunktes, die demographische Entwicklung, untersuche die Akademie in ihrem wissenschaftlichen Beirat und in den Arbeitskreisen, welche Auswirkungen diese auf die öffentliche und private Infrastruktur der Gemeinden haben werde. Man hoffe, einen umfassenden Problemaufriss und Handlungsempfehlungen spätestens bis zum kommenden Frühjahr erarbeiten zu können und sei auch hier gern bereit, diese Ergebnisse dem Ausschuss vorzustellen.

In der sich anschließenden Diskussion legt Abg. Detlef Matthiessen den Vertretern der Akademie die Beachtung des Flächenverbrauchs und die Probleme der Diskrepanz zwischen Landesplanung und tatsächlicher Entwicklung des ländlichen Raumes ans Herz. St a.D. Rüdiger von Plüskow erwidert, dass diese Themen der Arbeit der Akademie systemimmanent seien.

Die weitere Diskussion dreht sich vorrangig um Fragen der kommunalen Zusammenarbeit wie zum Beispiel um Lösungsmöglichkeiten für ein besseres Zusammenwirken der Kommunen. Hierbei will sich die Akademie nach Aussagen von St a.D. Rüdiger von Plüskow als Moderator verstanden wissen.

Abg. Claus Hopp wirbt mit einem Hinweis auf Heft 25 „Termine, Themen und Texte“ vom April 2003 für eine Mitgliedschaft in der Akademie. Er weist darauf hin, dass in diesem Heft über die Schwerpunktarbeit der Akademie ausführliche Informationen enthalten seien. Als Mitglied im Vorstand der Akademie würde er es begrüßen, möglichst viele Agrarausschuss-

mitglieder als Mitglied der Akademie zu gewinnen. Dies bedeutete nicht nur die finanzielle Unterstützung für die Arbeit der Akademie, sondern darüber hinaus erhielten die Ausschussmitglieder durch die regelmäßig herausgegebene Informationsschrift auch ein vertieftes Wissen über die Arbeit der Akademie.

Abg. Jürgen Feddersen schließt sich der Anregung des Abg. Claus Hopp an, Mitglied in der Akademie zu werden, und betont, die Akademie einmal zu einer Gesprächsrunde in seinem Gemeinderat nach den Sommerferien einladen zu wollen.

Abg. Detlef Matthiessen verweist auf den Parteitagsbeschluss von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, in eine Diskussion um die strukturelle Gebietsreform einsteigen zu wollen. Inzwischen sei auftragsgemäß auch schon eine Kommission gebildet worden, die sich mit diesem Thema beschäftigt. Insofern sei er an einem intensiven Austausch mit der Akademie ebenfalls sehr interessiert.

Abg. Peter Jensen-Nissen gibt seiner Sorge Ausdruck, dass die Landwirtschaft durch die EU-Beschlüsse ab dem Jahre 2006 sehr in Schwierigkeiten kommen könne und bittet darum, auch über dieses Thema mit der Akademie im Gespräch bleiben zu können. Es gehe darum, die Infrastruktur im ländlichen Raum zu erhalten und sie modern auszugestalten, um die Gleichwertigkeit von Land und Stadt zu garantieren.

Abg. Friedrich-Carl Wodarz begrüßt die Absichtserklärung der Ausschussmitglieder, die Akademie erhalten zu wollen und gemeinsam um deren Erhalt zu kämpfen. Im Namen seiner Fraktionsmitglieder wolle er die Anerkennung für die Arbeit der Akademie und die gute Absicht seiner Fraktion auf eine weitere Unterstützung zum Ausdruck bringen.

Dem schließt sich der Vorsitzende für seine Fraktion an. Er schließt die Diskussion mit einem Dank an die Akademiemitglieder für das Gespräch und hält fest, dass alle Fraktionen der Arbeit der Akademie positiv gegenüberstehen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung über die Ausgestaltung und die Zukunft der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) unter Berücksichtigung der Beschlusslage des Planungsausschusses für die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (PLANAK)

Erstattet wird der Bericht von AL Holger-Jürgen Börner (Abteilungsleiter der Abteilung 8, Ländliche Räume und Küstenschutz beim Innenminister). Er teilt mit, dass der Bericht der Landesregierung zur GA dem Landtag voraussichtlich am 6. Juni 03 zugeleitet werde, wobei die Landesregierung nach wie vor von einer Mischfinanzierung ausgehe. Diese Absicht Schleswig-Holsteins werde unter anderem auch von Mecklenburg-Vorpommern mitgetragen; denn es gehe darum, auch nach 2006 noch an den dann sicherlich noch vorhandenen Programmen zur Förderung des ländlichen Raumes auf der gesicherten Grundlage einer einheitlichen Notifizierung partizipieren zu können.

Sodann schildert AL Holger-Jürgen Börner die Überlegungen, die zu den PLANAK-Beschlüssen vom Dezember 02 geführt hätten und betont, dass die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen seien und dass das Eckpunktepapier noch nicht vorliege. Die Debatte der nächsten Zeit werde ergeben müssen, wohin die Förderabsichten laufen.

Abg. Peter Jensen-Nissen sorgt sich darum, dass unter Umständen eine Vereinheitlichung der verschiedenen Fördersätze erhebliche Nachteile für die Landwirtschaft haben könnte. Seine Fraktion habe ein erhebliches Interesse, die GAK im jetzigen Zustand erhalten zu wissen.

Des Weiteren spricht sich Abg. Peter Jensen-Nissen für eine - wie er es nennt - Gemeinschaftsaufgabe für Flussgemeinschaften aus.

AL Holger-Jürgen Börner warnt davor, eine Vereinheitlichung der Fördersätze anzustreben, da eine solche Vereinheitlichung auch eine Senkung in dem für Schleswig-Holstein sehr wichtigen Küstenschutzbereich bedeuten könnte.

Abg. Peter Jensen-Nissen glaubt, dass diese Diskussion über die Vereinheitlichung der Fördersätze auf alle Fälle kommen werde und bittet darum, sich rechtzeitig Gedanken darüber zu machen.

Die weitere Diskussion dreht sich vorrangig um Fragen des Abg. Peter Jensen-Nissen nach den Auswirkungen, die eine Veränderung der Förderrichtlinien der EU in den kommenden Jahren für Schleswig-Holstein haben könnte. Nach Aussage von St Peter Knitsch sind Prognosen nur sehr schwer abzugeben.

Die abschließende Frage des Abg. Peter Jensen-Nissen, ob die AMK auf ihrer letzten Sitzung mehr zu einer Änderung des Gesetzes über die GAK oder eher zu einer Änderung der Förderrichtlinien tendiert habe, wird von St Peter Knitsch dahin beantwortet, dass sich die AMK in ihrer letzten Sitzung vorrangig mit den so genannten „Fischler Vorschlägen“ beschäftigt habe. Die weitere Entwicklung der GAK habe dabei keine zentrale Rolle gespielt.

Allerdings bedingten die unterschiedlichen Positionen im Nord-Süd-Gefälle im Grunde, sich einmal generell mit der Frage zu beschäftigen, inwieweit in Zukunft die Gemeinschaftsaufgabe tatsächlich erhalten bleiben könne. Schleswig-Holstein habe sich inzwischen klar für die Erhaltung der Gemeinschaftsaufgabe ausgesprochen. Sein Eindruck gehe dahin, dass die Tendenz in diese Richtung gehen könnte. Das Bestreben der Bundesregierung sei es allerdings, die Gemeinschaftsaufgabe noch stärker für Umwelttatbestände zu öffnen. Es sei dabei noch zu entscheiden, ob dies allein durch eine Veränderung der Förderrichtlinien geschehen könne oder ob es einer Gesetzesnovellierung bedürfe. Darüber werde auf Bundesebene zurzeit zwischen den einzelnen zuständigen Ministerien diskutiert.

Punkt 3 a) der Tagesordnung:

Auswirkungen der „Fischler-Vorschläge“ auf die schleswig-holsteinische Landwirtschaft

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2459

Mündlicher Bericht der Landesregierung gegeben in der 32. Tagung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2593

(überwiesen am 2. April 2003 zur abschließenden Beratung)

Mit Hinweis auf die im Landtag am 02.04.03 geführte Debatte erläutert St Peter Knitsch folgende zwei Gesichtspunkte, die bei einer grundsätzlichen Zustimmung zu den „Fischler-Vorschlägen“ nicht außer Acht gelassen werden dürften. Dies sei zum einen der Bereich der Entkoppelung; das bedeute die Umstellung der Förderung weg von den Produkten hin zu den Flächen. In einer Situation, in der die Produktmengen in Schleswig-Holstein in der Vergangenheit weit über dem Bundesdurchschnitt gelegen hätten, bestehe für Schleswig-Holstein die Gefahr, dass dies zu entsprechenden Verlusten führen könnte. Diese summierten sich grob geschätzt auf einen Betrag von zirka 45 Millionen Euro allein in diesem Bereich. Das sei kurzfristig für die Betriebe nicht zu übernehmen. Deshalb dränge Schleswig-Holstein darauf, im Rahmen der Entkoppelung zu der Möglichkeit von einheitlichen Flächenprämien zu kommen und bei der Aufteilung zu berücksichtigen, in welche Region in der Vergangenheit die Mittel geflossen seien. Dort sollten sie dann auch bleiben. Für den Fall, so fährt St Peter Knitsch fort, dass dies nicht dauerhaft durchsetzbar sei, müsse zumindest gewährleistet werden, dass es keine Brüche gebe, sondern großzügige, langfristige Übergangsregelungen geschaffen würden.

Zum anderen müsse darüber nachgedacht werden, wie viele Mittel als Folge der Osterweiterung im Rahmen der Modulation abgeschöpft werden könnten. Ein Teil werde sicherlich verwendet werden für die Direktzahlungen, die in die neuen Beitragsländer fließen. Darüber hinaus kämpfe Schleswig-Holstein aber dafür, dass die Mittel, die im Rahmen der Modulation abgeschöpft würden, ebenfalls nicht etwa bundesweit oder europaweit verteilt werden und dazu benutzt werden, andere Marktordnungen zu unterstützen, sondern dass diese Mittel in den einzelnen Regionen verblieben. Denn auch hier ergebe sich ein Bedrohungspotential zwischen 20 und 40 Millionen Euro. Leider sei auch hier die Diskussion noch nicht beendet. Tat-

sache sei und bleibe, dass Schleswig-Holstein sich sehr dafür einsetze, die genannten Mittel für Schleswig-Holstein zu bewahren.

Abg. Peter Jensen-Nissen gibt zu überlegen, sich mit den so genannten „Fischler-Vorschlägen“ in Anwesenheit von Experten weiter zu unterhalten. Das aufgezeigt Szenario erscheine ihm als sehr bedrohlich, sodass es gelte, rechtzeitig Mittel zum Gegensteuern zu finden. Als Experten könnten befragt unter anderem Professor Volker Petersen aus Halle, Vertreter der CAU, der Kammer, des Bauernverbandes und der Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft.

Abg. Detlef Matthiessen schließt sich diesen Überlegungen mit dem Vorschlag an, die Thematik als Schwerpunktthema erst zu dem Zeitpunkt weiterzubehandeln, wenn einzelne Beratungsergebnisse zu den „Fischler-Vorschlägen“ vorlägen. Eine explizite Anhörung halte er im Grunde allerdings nicht für unbedingt erforderlich. Das Thema sei so breit gestreut, dass es immer wieder in einzelnen Beratungssitzungen aufgenommen werden sollte.

Abg. Friedrich-Carl Wodarz schließt sich diesen Überlegungen des Abg. Detlef Matthiessen an. Als einen ersten Termin zur weiteren Beratung benennt er den 11. September 2003.

Der Ausschuss beauftragt die agrarpolitischen Sprecher, entsprechende Überlegungen für eine Sitzung am 11. September 2003 anzustellen.

Punkt 3 b) der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung zum Stand der Umsetzung der Modulation in Schleswig-Holstein

Abg. Peter Jensen-Nissen begründet seinen Berichtsantrag mit Vermutungen, dass die einmal formulierten fünf Kernsätze zur Umsetzung der Modulation letztendlich keinen Eingang in die künftigen Verordnungen finden werden. Ihn interessiere, was eventuell an diesen Kernpunkten verändert werden solle und wie die Mittel in Zukunft zugeteilt werden.

St Peter Knitsch geht in Einschätzung des anstehenden Abstimmungsverfahrens des Bundes davon aus, dass die nationale Modulation so wie vorgesehen, kommen werde. Was die weitere Vorbereitung dafür in Schleswig-Holstein angehe, so stimme es nicht, dass man an den vorgesehen Maßnahmen rütteln wolle. Es werde lediglich eine weitere, eine sechste Maßnahme angedacht. Im Rahmen der Arbeit an den Richtlinien werde man im Übrigen auch versuchen müssen, Prioritäten zu setzen für den Fall, dass es zu einer Überzeichnung kommen werde.

Der Vorsitzende, Abg. Claus Ehlers, und Abg. Peter Jensen-Nissen hegen Zweifel, dass eine fünfstufige Fruchtfolge, wie sie in der Diskussion stehe, machbar sei. Wenn im Jahre 2007 die obligatorische Modulation auf EU-Ebene komme, könne der fünfjährige Durchlauf in der Fruchtfolge nicht realisiert werden. Dies dürfe nicht zu einer Doppelbelastung für die Landwirte führen.

St Peter Knitsch zeigt sich überzeugt, dass es für die Länder, die bereits vor 2007 eine freiwillige Modulation eingeführt hätten, ausgleichende Übergangsregelungen geben werde.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung europarechtlicher Vorschriften in Landesrecht (Vogelschutz-Richtlinie, FFH-Richtlinie, UVP-Änderungsrichtlinie, IVU-Richtlinie und Zoo-Richtlinie) - Landesartikelgesetz -

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/1950

(überwiesen am 20. Juni 2002 an den Umweltausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Innen- und Rechtsausschuss und den Agrarausschuss)

(Der federführende Umweltausschuss erwartet die Voten der beteiligten Ausschüsse. Die 2. Lesung soll in der Mai-Tagung erfolgen.)

hierzu: Umdrucke 15/3290 und 15/3300

Abg. Detlef Matthiessen erläutert kurz die Änderungsvorschläge der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Umdrucken 15/3290 und 15/3300. Eine Diskussion findet nicht statt.

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Gegenstimmen von CDU und FDP empfiehlt der Ausschuss dem federführenden Umweltausschuss die Annahme des Gesetzentwurfs in der mit den Umdrucken 15/3290 und 15/3300 geänderten Fassung.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Folgende Themen werden angesprochen:

1. Der Vorsitzende teilt das Votum des Bildungsausschusses zu einer Einladung zu einer gemeinsamen Sitzung des Agrarausschusses mit dem Bildungsausschuss im Fachbereich Landbau der FH Kiel mit. Der Bildungsausschuss habe mitgeteilt, dass er sich in seinen nächsten Sitzungen ausführlich mit dem so genannten „Erichsen-Gutachten“ beschäftigen und zu gegebener Zeit auch eine Anhörung aller Betroffenen durchführen wolle. Diesem Verfahren wolle der Bildungsausschuss nicht durch eine Anhörung eines einzelnen Betroffenen vorgreifen.

Der Vorsitzende stellt dem Agrarausschuss anheim, über das weitere Verfahren zu entscheiden und darüber, was man dem Fachbereich mitteilen wolle.

Abg. Friedrich-Carl Wodarz bietet an, nach Rücksprache in seiner Fraktion kurzfristig über eine eventuelle Sitzung im Landeshaus Bescheid zu geben.

2. Für die Einladung von Innenminister Klaus Buß zu einer gemeinsamen Fahrt auf einem Boot der Wasserschutzpolizei zur Vorstellung seiner Arbeitsplanung im laufenden Jahr präferieren die Ausschussmitglieder Mittwoch, den 11. Juni 2003, vormittags. Dies soll dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss übermittelt werden.
3. Der Vorsitzende gibt den Umdruck 15/3308, Vermögensübersicht über das Sondervermögen „Tierseuchenfonds“, zur Kenntnis. Abg. Peter Jensen-Nissen vermisst eine erweiterte Erklärung darüber, wie das Vermögen verwaltet wurde. Darüber soll nach Bedarf in einer späteren Sitzung unterrichtet werden.

Der Vorsitzende, Abg. Claus Ehlers, schließt die Sitzung um 11:50 Uhr.

gez. Claus Ehlers

Vorsitzender

gez. Dr. Ursula Haab

Geschäfts- und Protokollführerin